

Medienmitteilung, 29. April 2019

Bis zu 60'000 zusätzliche Beschäftigte dank Individualbesteuerung

Die Diskussion und Lösungsfindung für ein faires, zukunftsfähiges Steuersystem und die Abschaffung der sogenannten «Heiratsstrafe» gewinnt nach der Annullierung der Abstimmung zur CVP-Initiative durch das Bundesgericht an Aktualität. Eine neue volkswirtschaftliche Studie zeigt auf, wie eine modifizierte Individualbesteuerung nicht nur die «Heiratsstrafe» eliminiert, sondern zusätzlich bis zu 60'000 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) auf den Arbeitsmarkt bringt. Angestelltenverbände und Frauenorganisationen fordern die Politik auf, eine solche Variante ernsthaft zu prüfen. Dies entspricht auch den Forderungen des liberalen Thinktank Avenir Suisse.

Die Studienautoren von Ecoplan zeigen mit Hilfe von Modellberechnungen sowie Hochrechnungen wissenschaftlich fundiert auf, wie sich unterschiedliche Steuersysteme auf die Beschäftigung und die Erwerbsanreize der Zweitverdiener/innen auswirken. Verglichen wurden das aktuelle Steuersystem, das vorgeschlagene Modell des Bundesrates (Botschaft «Ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung» [Link](#)), eine reine Individualbesteuerung sowie eine modifizierte Version einer Individualbesteuerung, welche Haushalte mit Kindern entlastet.

Studienresultate: Beschäftigungseffekte von plus 40'000-60'000 vollzeitäquivalenten Arbeitskräften

- Die Einführung einer *modifizierten Individualbesteuerung* hätte alleine bei der Bundessteuer eine Zunahme der Beschäftigung von rund 19'000 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) zur Folge. Auf kantonaler Ebene dürften weitere rund 20'000 bis 40'000 Arbeitskräfte resultieren. Die Unternehmen könnten auf ein Fachkräftepotenzial von bis zu 60'000 zusätzlichen vollzeitäquivalenten Beschäftigten zurückgreifen.
- Bei 80% der Personen, die ihren Erwerb ausweiten oder wiederaufnehmen würden, handelt es sich um Frauen im Alter zwischen 25 und 55 Jahren, die mehrheitlich Teilzeit arbeiten. Rund ein Drittel verfügt über einen Tertiärabschluss, 58% einen Abschluss auf Sekundarstufe II.

Anders als beim Modell des Bundesrates gelingt es mit einer modifizierten Individualbesteuerung nicht nur, die sogenannte «Heiratsstrafe» abzuschaffen, sondern jegliche «Zivilstandsbestrafung» in den Steuern und damit auch die negativen Erwerbsanreize auf den Zweiteinkommen zu eliminieren. Dies bei deutlich positiveren Beschäftigungseffekten und geringeren Kosten – einem volkswirtschaftlich deutlich besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die Ökonomen empfehlen daher die vertiefte Prüfung einer modifizierten Individualbesteuerung und sehen ihr Modell als eine mögliche, umsetzbare Variante.

Angestelltenverbände und Frauenorganisationen fordern eine Individualbesteuerung

«Die Vorlage, die der Bundesrat zur Diskussion stellt, beseitigt zwar die sogenannte «Heiratsstrafe», schafft aber gleichzeitig wieder neue negative Erwerbsanreize. Die Arbeitsmotivation der Zweitverdienerinnen bleibt weiterhin gering. Das ist zutiefst untypisch im Innovations- und Wirtschaftsland Schweiz: Arbeiten muss sich für alle lohnen» so Carolina Müller-Möhl, Stiftungsratspräsidentin der *Müller-Möhl Foundation*, anlässlich der Studienpräsentation.

Kathrin Bertschy, Nationalrätin glp und Co-Präsidentin der *alliance F* ergänzt: «Das aktuelle Steuersystem basiert nach wie vor auf dem Familienmodell der Nachkriegszeit: Nach der Heirat gibt die Frau die Erwerbstätigkeit für den Rest ihres Lebens auf». Mit einer Individualbesteuerung könne nicht nur das weibliche Arbeitskräftepotential viel besser genutzt werden. Auch die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben würde entschieden verbessert.

«Wer seine Erwerbstätigkeit während der Familienphase und danach reduziert oder aufgibt, entrichtet weniger Beiträge in die berufliche Vorsorge. Das schmälert die finanzielle Vorsorge für das Alter. Gerade Frauen sind im Alter deshalb finanziell häufig schlechter gestellt und auf staatliche Ergänzungsleistungen angewiesen» führt Ursula Häfliger, Verantwortliche Politik beim Kaufmännischen Verband und Koordinatorin der Angestelltenverbände der *plattform* aus. «Eine Individualbesteuerung setzt hier die richtigen Erwerbsanreize, wodurch auch individuell eine ausreichende Altersvorsorge aufgebaut wird. »

Vertrauen ins Steuersystem stärken

Der öffentliche Diskurs zum Steuersystem dreht sich seit Jahrzehnten um zahlreiche (teils) berechtigte oder schlicht nur gefühlte Benachteiligungen. Die Rede ist von der «Heiratsstrafe», der «Doppelverdienerstrafe», von der «Zivilstandsstrafe», der «Scheidungsstrafe», der «Single-Strafe» oder der «Konkubinatsstrafe». Diese Benachteiligungen existieren tatsächlich, sie treffen real aber jeweils nur auf einen Teil der Gruppe zu. Dies ändert nichts daran, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung unfair behandelt fühlt. «Ein gutes Steuersystem sollte möglichst wenig die Lebenspläne der Schweizerinnen und Schweizer beeinflussen – das gilt auch für die Wahl des Zivilstandes. Das Steueramt sollte aufhören, sich Gedanken darüber zu machen, wer in welcher Beziehung mit wem lebt. Auch darum ist es Zeit für eine individuelle Besteuerung», führt Marco Salvi aus.

Die Müller-Möhl Foundation, die Angestelltenverbände der *plattform*, die Frauenorganisationen der *alliance F*, sowie Avenir Suisse fordern die Politik daher auf, eine Individualbesteuerung ernsthaft zu prüfen und eine solche in einer smart modifizierten Version vorzuschlagen.

Auskünfte:

- Philipp Walker, Studienautor Ecoplan, Tel. 031 356 61 67
- Ursula Häfliger, Verantwortliche Politik beim Kaufmännischen Verband und Koordinatorin der Angestelltenverbände der *plattform* (Angestellte Schweiz, Kaufmännischer Verband, Schweizer Kader Organisation, Zürcher Gesellschaft für Personal-Management, veb.ch), Tel. 044 283 45 78
- Marco Salvi, Senior Fellow und Leiter Chancengesellschaft, Avenir Suisse, Tel. 076 396 89 49
- Carolina Müller-Möhl, Stiftungsratspräsidentin, *Müller-Möhl Foundation*, Tel. 043 344 66 66
- Kathrin Bertschy, Nationalrätin, Co-Präsidentin *alliance F*, Tel. 078 667 68 85